HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 11/2007

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Iran bereitet sich auf Krieg vor / Chefunterhändler Laridschani zurückgetreten / Said Dschalili zum Nachfolger Laridschanis ernannt / Moderate kritisieren Ahmadinedschads Atompolitik / Gerüchte über Rücktritt des Außenministers / Studenten beschimpfen Präsidenten als Diktator / Neun Hinrichtungen an einem Tag in Teheran / Kritischer Journalist verhaftet

II. Wirtschaft
USA verhängen weitreichernde Iran-Sanktionen – Militär im Visier / US-Demokraten sehen Bush auf Kriegskurs gegen Iran / Putin übt scharfe Kritik an US-Sanktionen gegen Iran / Ölpreis entspannt sich nicht / Freisprüche im Prozess um Schmuggel von Kampfjets nach Iran / Russland liefert Kernbrennstoff nur bei IAEA-Überwachung / Zunahme bei Export und Import

III. Außenpolitik
USA zum Schlag gegen Iran militärisch in der Lage / "Bunkerknacker" womöglich gegen Iran gerichtet / Deutsche Politiker warnen vor militärischem Abenteuer der USA / El-Baradei gegen Militärangriff: Iran noch keine Bedrohung / Atomgespräche in Rom / Putin in Teheran / USA wollen ungeachtet des Ausgangs des Atomstreits Abwehrraketen aufstellen / Verwirrung um Ahmadinedschads Armenien-Besuch / NATO-General sieht Iran hinter Waffenlieferungen an die Taliban / Iran ruft zum Boykott der Nahost-Konferenz auf / Ahmadinedschad wirft Israel Völkermord an Palästinensern vor / Bahrain legt sich Raketenschutzschild zu – Angst vor Krieg am Golf / Mykonos-Attentäter sollen vorzeitig frei kommen

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 12/2007 Anfang Dezember) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im November 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Iran bereitet sich auf Krieg vor

Im Gegensatz zur politischen Führung in Teheran nehmen offenbar die Militärs die Kriegsdrohungen aus den USA und Israel sehr ernst. Der neue Befehlshaber der Revolutionswächter (Pasdaran), Mohammad Ali Dschafari, sagte bei seinem Amtsantritt Anfang September, die iranischen Streitkräfte seien gut und mit modernsten Waffen ausgerüstet und in der Lage sich gegen jeden Angriff von außen zur Wehr zu setzen. Zwar seien die Feinde „materiell und technisch“ im Vorteil. Aber „wir können Kampfmethoden wählen, die uns ermöglichen, die technische Überlegenheit zu überwinden, zum Beispiel den asymetrischen Krieg“. Der Erfolg dieser Kampfmethode habe sich bei der Abwehr des israelischen Angriffs durch den Libanon gezeigt.

Die Pasdaran mit schätzungsweise 130.000 Mann sind Teil der iranischen Streitkräfte. Sie haben eigene Heeres- und Marine- und Lufteinheiten und sind für das gesamte Raketenarsenal Irans verantwortlich. Unter einem gemeinsamen Generalstab sind sie mit der regulären Armee verbunden, unter deren Befehl rund 420.000 Soldaten stehen. Laut Beschluss des US-Senats sollen die Pasdaran auf die Liste terroristischer Organisationen gesetzt werden.

Der stellvertretende Kommandant der iranischen Luftwaffe, Mohammad Alavi, äußerte sich konkreter als Dschafari. „Sollte Israel die Dummheit begehen und Iran angreifen, sind unsere Jagdbomber und Raketen imstande, unverzüglich einen Gegenangriff auf Israel zu starten“, sagte Alavi. Zudem seien sämtliche Grenzen Irans Tag und Nacht unter Radar-Kontrolle. „So leicht wie sie mit dem Krieg drohen, so leicht werden sie im Ernstfall nicht davon kommen. Selbst wenn sie einen Blitzangriff starten würden, werden wir mindestens 30 Prozent ihres Potenzials sofort zerstören.“

Das neuerdings selbstbewusste Auftreten der Militärs zeugt davon, dass das Regime zwar die Kriegsdrohungen ernst nimmt, aber die eigene Existenz durch einen Angriff von außen nicht bedroht sieht. Weit größere Furcht hat Teheran die Gefahr von innen. Das Schlagwort heißt die „sanfte Revolution“ , die wie ein Gespenst im Iran umgeht. Wie in Panik reagiert der islamische Gottesstaat auf jede Aktivität, jedes Signal, das auf den Versuch deuten könnte, das Regime unterhöhlen und seinen Sturz herbeiführen zu wollen.

So abwegig ist die Furcht nicht. Die USA machen keinen Hehl daraus, dass sie dabei sind, mit befreundeten Golfstaaten eine sunnitische Front gegen den schiitischen Iran aufzubauen. Es ist auch längst bekannt, dass einige ethnisch orientierte Organisationen im Iran von außen finanziell und militärisch unterstützt werden. Schließlich ist nicht zu leugnen, dass die zig ausländischen Fernseh- und Radioprogramme, die rund um die Uhr in persischer Sprache senden, massive Internetbotschaften und geschmuggelte Videofilme und DVDs ihre Wirkung nicht verfehlen. Sie erwecken, insbesondere bei Jugendlichen, Wünsche und Sehnsüchte, die innerhalb des herrschenden Systems nie und nimmer erfüllt werden können. All dies wird umso bedrohlicher, wenn sich der Druck von außen mit den Aktivitäten der weitentwickelten, zumeist säkular orientierten iranischen Zivilgesellschaft vermischt.

Dagegen will sich das Regime massiv zur Wehr setzen. Je größer die Angst vor dem Druck von außen, desto härter die Repression von Andersdenkenden im Innern. Jede Kritik und jede gesellschaftliche Aktivität, die dem Regime nicht genehm ist, wird als von außen gesteuert denunziert und bestraft.

Erstaunen erweckte, als Dschafari erklärte, die Hauptaufgabe der Pasdaran sei die „Abwehr von inneren Gefahren“. „Die Pasdaran müssen flexibel genug sein, um politische und gesellschaftliche Gefahren abzuwenden“, sagte Dschafari. Er bezeichnete die neue Aufgabenstellung als „Strategiewechsel“. Künftig würden sich die Pasdaran um die innere Sicherheit kümmern und nur im Falle eines Angriffs von außen der Armee zur Hilfe eilen.

Damit aber nicht genug. Die Milizenorganisation der Basidjis, die nach Angaben des Regimes rund acht Millionen Mitglieder zählt, wurde ab sofort dem Kommando der Pasdaran unterstellt. Die Basidjis, die ursprünglich beim Aufbau des Landes helfen sollten, sind inzwischen zum großen Teil militärisch und ideologisch geschult. Sie nun direkt der Pasdaran zu unterstellen, bedeutet nichts anderes als eine massive Mili-

tarisierung des Staates. Der Beauftragte des Revolutionsführers für die Basidjis, Mehdi Abedi, sagte, die Basidjis seien, falls dies von bestimmten Ländern gewünscht werde, auch zu Aktivitäten im Ausland bereit. Soll heißen, Iran bereitet sich auf einen asymetrischen Krieg in der gesamten Region vor.

Nichtsdestotrotz ist Iran auch um Aufstockung seines Waffenpotenzials für einen möglichen Angriff bemüht. Nach Einschätzung der Militärs ist das Land auf einen Angriff gewappnet und könnte schon innerhalb kürzester Zeit „11000 Raketen und Geschosse“ auf feindliche Stellungen abfeuern. Ein Angriff gegen Iran würde „nicht sehr lange dauern“, wurde am 22. Oktober General Mahmud Tschaharbarki von den Revolutionswächtern von der Agentur Fars zitiert.

Chefunterhändler Laridschani zurückgetreten

Irans Atom-Chefunterhändler Ali Laridschani hat am 20. Oktober sein Amt niedergelegt. Regierungssprecher Gholamhossein Elham teilte der Presse mit, Laridschani wolle sich auf „andere politische Tätigkeiten“ konzentrieren. Es seien persönliche Gründe gewesen, die den Politiker zum Rücktritt bewogen hätten. Laridschani habe bereits mehrmals sein Amt aufgeben wollen. Doch erst jetzt habe Präsident Ahmadinedschad diesem Wunsch nachgegeben. Nachfolger Laridschanis soll der bislang weitgehend unbekannte Vizeaußenminister Said Dschalili werden.

Die Regierung in Teheran versuchte den Rücktritt als eine Normalität und persönliche Entscheidung eines Politikers darzustellen. Auch in der gelenkten Presse wurde die Bedeutung des Vorgangs heruntergespielt. Doch in politischen Kreisen wird der Rücktritt als Fortsetzung der immer schärfer werdenden Konflikte innerhalb der iranischen Staatsführung bewertet.

Laridschani gehört selbst zum Lager der Hardliner. Bevor er 2005 von Präsident Ahmadinedschad zum Chefunterhändler ernannt wurde, stand er zehn Jahre lang dem staatlichen Rundfunk und Fernsehen vor, wobei er jeden Versuch, den islamischen Gottesstaat zu liberalisieren, zu ersticken versuchte. Auch bei der Übernahme seines neuen Amtes demonstrierte er bei den Verhandlungen im Streit um das iranische Atomprogramm eine kompromisslose Haltung. Noch im Vorjahr lehnte er das vom Westen angebotene Anreizpaket im Gegenzug für einen Stopp der Urananreicherung als „Tausch einer Perle gegen eine Schokoriegel“ ab. Iran sei gegen solche Forderungen allergisch und werde niemals auf die Urananreicherung verzichten. Doch die häufige Teilnahme an Verhandlungen schienen ihn offenbar näher an die Realitäten gebracht zu haben. Er wurde zunehmend moderater, suchte nach diplomatischen Lösungen. Nicht zuletzt seinen Bemühungen ist es zu verdanken, dass ein neuer Beschluss des UN-Sicherheitsrats über schärfere Sanktionen gegen den Iran vorerst vertagt wurde.

Doch bei jedem Schritt kam ihm Ahmadinedschad durch seine radikalen Attacken in die Quere. Offensichtlich ist ihm beim Besuch des russischen Präsidenten in Teheran am 19. Oktober der Kragen geplatzt. Laridschani hatte der Presse gegenüber erklärt, Putin habe Revolutionsführer Ali Chamenei „eine besondere Botschaft“ zur Lösung des Atomkonflikts gebracht. Teheran solle im Gegenzug zu Moskaus Unterstützung wenigstens zeitweise seine Urananreicherung aussetzen. Wenige Stunden danach dementierte Ahmadinedschad die Äußerung Laridschanis. „Putin hat nichts dergleichen gesagt, seine Botschaft war lediglich die der Freundschaft und Zusammenarbeit“, erklärte er.

Der Nachfolger Laeridschanis, Said Dschalili (s. nächsten Abschnitt), steht Ahmadinedschad sehr nah und ist ihm stets zu Diensten, so dass der Regierungschef in Zukunft auch in Atomfragen die Fäden in die Hand nehmen und seinen radikalen Kurs leichter durchsetzen kann. Das wird die Verhandlungen sicherlich nicht leichter machen.

Die Absetzung Laridschanis bzw. Ernennung Dschalalis ist in Iran selbst umstritten. So sagte etwa der konservative Abgeordnete Ahmad Tawakoli, Dschalali habe nicht die politische Erfahrung wie Laridschani, um die Verhandlungen zu führen.

Said Dschalili zum Nachfolger Laridschanis ernannt

Said Dschalili, der die Nachfolge Laridschanis antritt, wurde 1965 in Maschad im Nordosten Irans geboren. Im

iranisch-irakischen Krieg (1980-1988), an dem er als Jugendlicher teilnahm, verlor er sein rechtes Bein. Während dieser Zeit lernte er an der Kriegsfront auch den späteren Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad kennen, zu dessen engsten Vertrauten er nun zählt.

An der Teheraner Emam Sadegh Universität studierte Dschalili Politologie, wo er mit einer Dissertation mit dem Titel: „Das politische Denken im Koran“ promovierte. Mit 24 Jahren wurde er Mitglied der Ayatollah Chomeini nahestehenden Hezbollah (Partei Gottes) im Außenministerium. Dort bekleidete er verschiedene Ämter, bis die Differenzen im Außenministerium während der Regierungszeit Chatamis zu seiner Versetzung in das Büro des Revolutionsführers Chamenei führten. Er wurde zum Büroleiter ernannt.

Nach der Amtsübernahme Ahmadinedschads im August 2005 wurde er zunächst dessen Berater. Eigentlich wollte der Regierungschef ihn zum Außenminister ernennen, doch da der Außenminister gewöhnlich vom Revolutionsführer ernannt wird, wurde er wenige Monate später zum Vizeaußenminister, zuständig für Europa und die USA, ernannt. Durch ihn hoffte Ahmadinedschad seine außenpolitischen Ziele durchsetzen zu können. Beide Politiker vertreten auf vielen Gebieten einen gemeinsamen Standpunkt. Im Atomkonflikt vertritt Dschalili eine harte Position. Die Nutzung der Atomenergie gehöre zu den verbrieften Rechten des Landes und Iran werde unter keinen Umständen auf dieses Recht verzichten, sagte Dschalili in einem ausführlichen Interview mit der Agentur Fars.

In der Außenpolitik müsse Iran statt Fragen des Westens zu beantworten, selbst Fragen stellen, meint Dschalili. Statt einer weiteren Annäherung an die mächtigen Staaten Europas wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien, müsse sich Iran um den Ausbau seiner Beziehungen zu südeuropäischen Staaten wie Italien und Spanien bemühen.

Die langen Briefe Ahmadinedschads, die er an Präsident Bush, Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Papst schrieb, stammen aus der Feder Dschalilis, ebenso die Reden, die der Präsident vor der UN-Vollversammlung hielt. Auch die Idee, außenpolitische Themen zu erörtern, die den Westen provozieren, bei den Menschen in den islamischen Ländern jedoch Zustimmung finden, ist eine Erfindung Dschalilis. Zu diesen Themen gehören der Holocaust ebenso wie die Menschenrechte. Wie Ahmadinedschad ist auch Dschalili der Meinung, dass man die Massenmorde an Juden im Zweiten Weltkrieg nicht ausreichend erforscht habe. Auch er stellt die Frage, warum der Nahe Osten die Zeche für die Verbrechen an den Juden zahlen müsse. In der Frage der Menschenrechte müsse Iran nach Ansicht Djalilis weit offensiver als bisher vorgehen und statt sich zu verteidigen den Westen, vor allem die USA wegen permanenter Verletzung der Menschenrechte an den Pranger stellen.

Mit der Ernennung Dschalalis zum Atomunterhändler soll die Position der Radikalislamisten insbesondere in der Außenpolitik gestärkt werden. Ob die Rechnung Ahmadinedschads aufgeht und es den Hardlinern gelingen wird, trotz wachsenden Widerstands ihren Willen durchzusetzen, werden die nächsten Wochen zeigen.

Moderate kritisieren Ahmadinedschads Atompolitik

Die größte moderate Partei Irans hat die Atompolitik des Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad offen kritisiert. Zudem warnte die Reformpartei Mosharekat (IIPF) einen Tag nachdem die USA ihre Sanktionen verschärft hatten, vor einer Eskalation der Krise. Sie rief die Führung in Teheran auf, ihre Strategie im Atomkonflikt zu überdenken. „Die Regierung sollte von ihrer abenteuerlichen Politik Abstand nehmen“, sagte der Generalsekretär der Partei, Mohsen Mirdamadi, am 26. Oktober bei einem Treffen, an dem auch der ehemalige Staatspräsident Mohammad Chatami teilgenommen hatte.

Seit dem Amtsantritt Ahmadinedschads 2005 sei Iran international zunehmend isoliert, sagte Mirdamadi weiter. „Dürfen wir die Härten von (UN)-Sanktionen und anderen scharfen Maßnahmen auf unsere Nation laden als Ergebnis einer unlogischen und unrealistischen Selbstverherrlichung?“ Am Rande der Veranstaltung warf er Ahmadinedschad vor, die falsche Strategie gewählt zu haben. Sie führe das Land zu einer ernsthaften Konfrontation mit der Welt, sagte er.

In Iran ist es unüblich, das Atomprogramm zu kritisieren, weil es als entscheidend für die nationale Sicherheit gilt und weil es der Staatsführung inzwischen gelungen ist, das Recht auf die Nutzung der Atomenergie als nationale Ehre darzustellen. Die Reformer treten für eine Aussetzung der Uranananreicherung ein, wie es unter Chatami zeitweise der Fall war.

Gerüchte über Rücktritt des Außenministers

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat Gerüchte über einen Rücktritt seines Außenministers Manuchehr Mottaki, die nach Agenturmeldungen am 24. Oktober erfolgen sollte, dementiert. „Mottaki bleibt fest an seinem Platz und geht mit Freude seinem Beruf nach“, sagte er. Die Gerüchte bezeichnete er als „psychologische Kriegsführung“ gegen seine Regierung. Ausländische Feinde und inländische Gegner hätten die Absicht, die Regierung zu schwächen.

Die Gerüchte über den Rücktritt des Außenministers basierten auf die Äußerung zweier Parlamentarier, die dem Ausschuss für Nationale Sicherheit und Außenpolitik angehören. Beide hatten versichert, Mottaki habe am 23. Oktober seinen Rücktritt eingereicht. Die Nachrichtenagentur Mehr berichtete sogar, dass Ahmadinedschad möglicherweise den neuen Atombeauftragten Said Dschalali vorübergehend zum Außenminister ernennen werde.

Mottaki selbst erklärte nach der Stellungnahme Ahmadinedschads ebenfalls, er werde im Amt bleiben und die für das laufende Jahr festgelegten Pläne umsetzen.

Wie man auch immer die Dementis bewerten mag, fest steht, dass der Boden unter den Füßen Ahmadinedschads immer heißer wird. Seine verheerende Wirtschaftspolitik und Außenpolitik, die Zunahme der Repressionen und sein Bestreben, die Macht zu monopolisieren, haben nicht nur zum enormen Verlust seiner Basis im Volk geführt, sondern auch selbst die Konservativen und die grauen Eminenzen des Gottesstaates auf den Plan gerufen. Politische Beobachter erwarten, dass er und seine Radikalislamisten bei den bevorstehende Parlamentswahlen im März eine herbe Niederlage erleiden werden.

Studenten beschimpften Präsidenten als Diktator

Am 8. Oktober haben mehrere hundert Studenten auf dem Campus der Teheraner Universität gegen Präsident Ahmadinedschad demonstriert. Sie riefen „Tod dem Diktator“, während er im Saal eine Rede hielt. Sie verglichen Ahmadinedschad mit dem früheren chilenischen Diktator Augusto Pinochet und forderten die Freilassung ihrer inhaftierten Kommilitonen. Der Präsident zeigte sich nach Angaben von Augenzeugen unbeeindruckt und sprach ungerührt über die Verdienste der Wissenschaft und die Probleme westlicher Demokratien.

Die Demonstranten lieferten sich ein Handgemenge mit Anhängern Ahmadinedschads, zumeist Mitgliedern der Milizenorganisation der Basidjis, die „Danke Präsident“ riefen. Die Polizei war vor den Toren der Universität postiert, schritt ein als die Handgreiflichkeiten begannen. Der Protest ging zu Ende, nachdem der Wagen Ahmadinedschads das Gelände verlassen hatte. Die Behörden hatten vor Beginn der Veranstaltung die Ausweise von allen Studenten kontrolliert und nur ausgewählte Personen in den Saal vorgelassen.

Der Auftritt Ahmadinedschads an der Universität zur Eröffnung des neuen Semesters sollte ursprünglich eine Woche zuvor stattfinden, wurde jedoch wohl aus Sicherheitsgründen vertagt. Bereits vor einem Jahr hatten die Studenten seine Eröffnungsrede gestört. Aus diesem Grund wurde jetzt eine begrenzte Zahl Ahmadinedschad wohlgesonnener Studenten zu der Veranstaltung zugelassen.

Zuvor hatte die größte nationale Studentenorganisation, Tahkom Wahdat, in einem offenen Brief Ahmadinedschad einige Frage gestellt und darum gebeten, er möge bei seinem Auftritt diese Fragen beantworten.

Einleitend begrüßen die Autoren die Einladung an Präsident Bush zu einem Vortrag an der Teheraner Universität und jeden Schritt, der zur Reduzierung der Gefahr eines Krieges führen könnte. „Aber wir fragen uns, aus welchem Grund soll Präsident Bush seine freie Meinung an der Universität äußern dürfen, während iranischen Professoren und Studenten, die der Regierung ge-

genüber kritisch eingestellt sind, dieses Recht untersagt wird."

„Wie kommt es, dass die drei Studenten Mansuri, Tawakoli und Ghassaban, die sich seit Monaten in Haft befinden, dafür büßen sollen, Sie bei Ihrem letzten Auftritt an der Amir Kabir Universität kritisiert zu haben, obwohl Sie bei Ihrem Vortrag an der Columbia-Universität in den USA behauptet haben, diese Studenten hätten keinerlei Sanktionen zu befürchten", fragten die Autoren des offenen Briefs.

Zahlreiche Studentinnen seien zum laufenden Semester nicht zum Studium zugelassen worden, obwohl sie bessere Noten hätten als ihre männlichen Kommilitonen, schreiben die Studenten und fragen, „wie lässt sich diese Benachteiligung der Frauen juristisch begründen?"

Im Folgenden geben wir Auszüge aus dem offenen Brief wieder:

Seit Ihrer Amtsübernahme sind gegen 550 Studenten Disziplinarverfahren eingeleitet worden. 43 studentische Organisationen wurden verboten. Mehr als 130 studentische Publikationen mussten ihr Erscheinen einstellen und 70 Mitglieder von Tahkim Wahdat wurden in Haft genommen. Die Schuld der betreffenden Studenten und Organisationen bestand einzig darin, dass sie die verantwortlichen Organe Ihrer Regierung für studentische Angelegenheiten kritisiert haben. Inzwischen gibt es an kaum einer Universität eine Organisation, die der Regierung kritisch gegenüber steht. Was bedeutet für Sie, Herr Präsident, die Freiheit der Meinungsäußerung und an welcher unserer Universitäten wird dieses Recht geachtet? Wie konnten Sie in Anbetracht dieser Zustände bei Ihrem Auftritt an der Columbia-Universität in den USA behaupten, in Iran werde das Recht auf freie Meinungsäußerung wie in keinem anderen Land der Welt akzeptiert?

Seit Ihrer Amtsübernahme sind mehr als 100 namhafte Professoren in den Ruhestand gezwungen oder mit scheinbar juristischer Begründung entlassen worden. Zum ersten Mal in der Geschichte unserer Universitäten ist ein Nichtakademiker zum Rektor der Universität Teheran ernannt worden. Neueinstellungen erfolgten ausschließlich bei Personen, die sich Ihrer Regierung gegenüber loyal verhalten. Was hat das alles mit akademischer Freiheit zu tun?

Den offiziellen Nachrichten zufolge sind während Ihrer zweijährigen Regierungszeit zahlreiche Arbeiter und Lehrer in Haft genommen oder entlassen worden, weil sie höhere Gehälter und mehr Rechte bei der Ausübung ihres Berufs verlangt haben. Ist das die Solidarität mit den Armen und Entrechteten, die Sie zu Beginn Ihrer Amtszeit angekündigt haben?

Kritische Zeitungen und Nachrichtenagenturen werden auf Intervention Ihrer Regierung geschlossen. Die Nachrichtenagentur ILNA und die Internetzeitung Baztab, die Tageszeitungen Schargh, Ham Mihan, Etemad und Etemade Melli sind Beispiele dafür. Studentenzeitungen, Organe der Frauenbewegung und der Menschenrechtsorganisationen werden verboten oder unter Druck gesetzt, damit sie über Wahrheiten und Tatschen schweigen. … Womit lassen sich diese Repressionen begründen und wieweit sollen diese noch verschärft werden?

Politische Parteien, die die Regierung kritisieren, stehen unter enormen Druck. Das Büro des Vereins der Akademiker wurde bewaffnet gestürmt und beschlagnahmt. … Die finanzielle Unterstützung kritischer Parteien wurde gänzlich eingestellt. Das Kultusministerium verweigert ihnen die Vergabe von Lizenzen für Zeitungen…. Wir würden gerne wissen, was Sie gemeint haben, als Sie von der „Übelkeit erregenden Demokratie" sprachen. Welche Demokratie haben Sie denn gemeint, als Sie bei Ihrem Auftritt in den USA von der Verteidigung der Demokratie sprachen? Kann es nach Ihrer Auffassung ohne autonome Parteien und Gewerkschaften Demokratie geben?

Sie haben bei Ihrem Amtsantritt zwei Versprechungen abgegeben: die Öleinnahmen dem Volk zugute kommen zu lassen und gegen die Ungleichheit und Korruption zu kämpfen. Nun hat in den zwei Jahren Ihrer Regierung die Korruption enorm zugenommen, gar nicht zu reden von den materiellen Lebensbedingungen der Menschen, die sich dramatisch verschlechtert haben. In weniger als zwei Jahren wird Ihre Amtszeit zu Ende sein. Dürfen wir erfahren, wann Sie Ihre Versprechen einzulösen gedenken?

Obwohl der Massenmord an Juden während des Zweiten Weltkriegs eine unleugbare und bittere Wahrheit darstellt, ist zu fragen, warum Sie sich so sehr auf dieses Thema versteifen. Ist der Holocaust das wichtigste Problem, mit dem sich die Menschheit auseinandersetzen muss? Angenommen, Sie wollen dem palästinensischen Volk helfen. Kann der Zweifel über den Holocaust die Probleme Palästinas lösen?

Welche Ziele verfolgen Sie mit Ihren lautstarken Äußerungen zur Atompolitik, die selbst bei Ihren eigenen Kollegen Kritik herausgefordert haben, zum Teil der offiziellen Position der Islamischen Republik widersprechen und zur Verwirrung der Diplomaten des Landes geführt haben? Können Sie leugnen, dass diese provokativen und unüberlegten Äußerungen mit dazu beigetragen haben, dass die Akte Irans an den Weltsicherheitsrat weitergeleitet wurde?

Welche Vorteile haben Ihre häufigen Reisen in die lateinamerikanischen Staaten und die Spendierfreudigkeit, die Sie dort an den Tag legen, für unser Land gebracht?

Was ist der Grund für das Schweigen gegenüber Tributforderungen Russlands und Chinas und für die zunehmenden Zugeständnisse an diese beiden Länder? Glauben Sie nicht, dass Ihre Anbiederungspolitik Russland und China gegenüber zur Vergeudung der Ressourcen unseres Landes führen und am Ende beide Länder doch im UN-Sicherheitsrat gegen Iran stimmen werden? Zu fragen wäre noch, warum Öl und Gas unter dem Mindestpreis an Indien und Pakistan verkauft werden?

Neun Hinrichtungen an einem Tag in Teheran

Wie die Regierungszeitung „Iran“ am 18. Oktober berichtete, wurden an einem Tag neun zum Tode verurteilte Häftlinge hingerichtet. Unter den im Teheraner Evin-Gefängnis Hingerichteten befand sich auch eine Frau. Seit Beginn dieses Jahres hat es in Iran mehr als 150 Hinrichtungen gegeben. Kritik der Europäischen Union wegen der steigenden Zahl von Todesurteilen und Exekutionen in Iran hatte Teheran vor einigen Wochen als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ zurückgewiesen. In Iran werden Mord, bewaffneter Raub, Handel mit mehr als fünf Kilogramm Rauschgift, Vergewaltigung, Kindesmisshandlung und Gotteslästerung allgemein mit dem Tode am Galgen bestraft.

Zahlreiche Hinrichtungen finden in der Öffentlichkeit statt. Todeskandidaten werden üblicherweise mit dem Strang um den Hals von einem Kran hochgezogen, damit sie für Schaulustige besser sichtbar sind. Die Hinrichtung ist dadurch qualvoller, da der Tod langsamer eintritt. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Amnesty International wurden in Iran 2006 insgesamt 171 Todesurteile vollstreckt.

Kritischer Journalist verhaftet

Der prominente regierungskritische Journalist und Menschenrechtsaktivist Emadeddin Baghi wurde am 15. Oktober ins Gefängnis gebracht. Ursprünglich war seine einjährige Strafe zur Bewährung ausgesetzt worden. Nun soll er sie doch verbüßen. Dem Journalisten wird vorgeworfen, die „nationale Sicherheit“ gefährdet und Staatsgeheimnisse veröffentlicht zu haben. Bereits vor vier Jahren war Baghi von einem Teheraner Gericht unter anderem für schuldig befunden worden, kritische Artikel geschrieben und Reden über die schlechte Behandlung von Gefangenen gehalten zu haben.

II. Wirtschaft

USA verhängen weitreichende Iran-Sanktionen – Militär im Visier

Die USA haben im Alleingang den Druck auf Iran weiter erhöht. Washington verhängte die weitreichendsten Sanktionen gegen Teheran seit der islamischen Revolution vor fast 30 Jahren. Die Revolutionsgarden als Teil der iranischen Streitkräfte werden dabei als Lieferanten von Massenvernichtungswaffen gebrandmarkt. Ihre Elite-Truppe, die Al-Kuds-Einheit, kommt auf die Liste von Staaten und Organisationen, die den Terrorismus unterstützen. Damit macht die US-Regierung den Weg für umfassende finanzielle Strafmaßnahmen frei.

Ziel sei, „die Kosten für das unverantwortliche Verhalten Irans zu erhöhen“, sagte US-Außenministerin Condoleezza Rice am 26. Oktober in Washington. Sie betonte allerdings, dass die USA weiterhin für eine diplomatische Lösung unter Einbindung der internationalen Gemeinschaft im Streit mit Iran offen seien. Falls Iran seine Uranananreicherung stoppe, sei sie auch bereit, ihren iranischen Amtskollegen „jederzeit und an jedem Ort“ zu treffen und über „jedes Thema“ zu diskutieren, sagte Rice.

Es ist das erste Mal, dass die USA Strafmaßnahmen gegen das Militär eines souveränen Staates verhängen. Die Sanktionen ermöglichen das Einfrieren von Guthaben der Revolutionsgarden in den USA und Strafen für Unternehmen, die mit ihnen Geschäfte treiben. „Iran nutzt seine weltweiten Finanzverbindungen, um nukleare Ziele zu verfolgen, Interkontinentalraketen zu entwickeln und Terrorismus zu finanzieren, sagte US-Finanzminister Henry Paulson. „Wer Geschäfte mit Iran macht, macht höchstwahrscheinlich Geschäfte mit den Revolutionsgarden.“

Die Sanktionen können nach Angaben der Washington Post Hunderte ausländische Firmen mit Geschäftsbeziehungen zum Iran betreffen. Die Garden kontrollieren zunehmend die iranische Wirtschaft, darunter Bau-, Öl- und Telekom-Unternehmen. Die USA werfen den Revolutionswächtern seit langem vor, extremistische irakische Milizionäre auszubilden, zu finanzieren und sie mit Waffen auszurüsten. Insbesondere der Al-Kuds-Einheit wird massive Unterstützung der radikalen Schiiten angelastet und damit eine Mitverantwortung für die Anschläge auf US-Soldaten im Irak.

Rice und Paulson nannten im Speziellen drei iranische Staatsbanken, die durch die Sanktionen vom internationalen Finanzsystem isoliert werden sollen. „Sie alle haben die Anstrengungen Irans bei der Verbreitung (von Massenvernichtungswaffen) oder eine Unterstützung des Terrorismus begünstigt“, sagte Paulson.

US-Vizepräsident Richard Cheney hatte erst am 21. Oktober dem Regime in Teheran mit „ernsthaften Konsequenzen“ der internationalen Gemeinschaft gedroht, sollte Iran sein Atomprogramm fortsetzen. Nun warnte er ausländische Firmen, dass eine Fortsetzung von Iran-Geschäften negative Folgen für Verbindungen zu den USA haben könnten. „Wenn du Handel mit Iran betreibst, wirst du Probleme haben, Geschäfte in den USA zu betreiben“, sagte Cheney am 26. Oktober in einem Interview des Senders CNBC.

Mit seinen Äußerungen ging Cheney weiter als andere Regierungsbeamte am Vortag. Diese hatten vor Journalisten erklärt, Strafen gegen ausländische Unternehmen im Fall von andauernden Iran-Geschäften seien nicht geplant. Die Sanktionen sollten den Anstoß dazu geben, dass die Firmen von selbst auf weitere Geschäftsbeziehungen verzichteten.

US-Demokraten sehen Bush auf Kriegskurs gegen Iran

Nach der Verhängung neue Sanktionen gegen Iran sieht ein Teil der US-Demokraten ihr Land auf Kriegskurs gegen die Islamische Republik. Er sei zu tiefst besorgt, dass Präsident Bush erneut in erster Linie auf militärische Mittel setze, sagte Präsidentschaftskandidat Christopher Dodd am 25. Oktober. Dodd und sein Mitbewerber John Edwards äußerten aber zugleich auch Kritik an der demokratischen Spitzenreiterin Hillary Clinton, die im Senat eine Anti-Iran-Resolution unterstützt hatte. „Statt Präsident Bushs neuen Weg in einen Krieg zu verhindern, haben Senatorin Clinton und andere ihn erneut ermutigt“, sagte Edwards.

Clinton hatte für eine Resolution gestimmt, in der das Außenministerium

aufgefordert wird, die iranischen Revolutionsgarden als Terrororganisation einzustufen. Dem kam das Ministerium am 25. Oktober nach. Clintons schärfster Rivale Barack Obama kritisierte, die Senatsentschließung liefere Bush den Vorwand, die US-Truppen im Irak gegen Iran in Stellung zu bringen.

Clinton, die am 25. Oktober ihren 60. Geburtstag feierte, verteidigte die Sanktionen. Gegen das iranische Atomprogramm sei eine „robuste Diplomatie“ erforderlich. Das und wirtschaftliche Sanktionen seien der beste Weg, einen Krieg zu verhindern. Der linke Flügel der Demokratischen Partei verübelt Clinton nach wie vor, dass sie 2002 einer Resolution zugestimmt hat, die die Gewalt gegen den Irak autorisierte.

Putin übt scharfe Kritik an US-Sanktionen gegen Iran

Russlands Präsident Wladimir Putin hat mit scharfer Kritik auf die neuen Sanktionen der USA gegen Iran reagiert. Durch Strafmaßnahmen und Drohungen der USA werde die Situation nur verschlechtert und drohten die Verhandlungen in einer „Sackgasse“ zu enden, sagte Putin am 25. Oktober in Lissabon, wo er im Vorfeld des EU-Russland-Gipfels mit dem portugiesischen Staatschef Anibal Cavaco Silva zusammengetroffen war.

„Sie können herumlaufen wie Verrückte und Rasierklingen schwenken, aber das ist nicht der beste Weg, das Problem zu lösen.“ Russland widersetze sich einer dritten Resolution zu Iran-Sanktionen im UN-Sicherheitsrat und verlange, im Fall Iran mit multilateralen Verhandlungen vorzugehen, wie dies bei Nordkorea erfolgreich geschehen sei. „Da haben wir mit friedlichen Methoden das Problem praktisch gelöst“, sagte Putin.

Auch Iran hat zu den US-Sanktionen Stellung genommen und die Einstufung der Revolutionswächter als Terrorismus-Förderer als völkerrechtswidrig bezeichnet. Der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, sagte nach Meldungen der staatlichen Medien, die Politik der USA „widerspricht dem internationalen Recht, ist wertlos und zum Scheitern verurteilt“. Auf diese Weise könne die Entwicklung Irans und seiner Organisationen nicht gestoppt werden. „Solche lächerlichen Maßnahmen können die Amerikaner nicht aus der Krise retten, die sie im Irak geschaffen haben“, fügte Hosseini zu.

Ölpreis entspannt sich nicht

Bei der Rekordjagd der Ölpreise gibt es nach Einschätzung des OPEC-Landes Algerein vorerst noch keine Atempause. Bei einem strengen Winter könnte die Preise vielmehr noch weiter steigen, sagte der algerische Energieminister Chakib Khelil am 20. Oktober. Erst im zweiten Jahresviertel 2008 könne mit einer Entspannung gerechnet werden. Der Ölpreis hat inzwischen die Rekordmarke 92 Dollar je Barrel erreicht.

Grund für die explodierenden Preise sei weniger die Versorgungslage als der Mangel an Raffineriekapazitäten, sagte Khelil weiter. Auch weltpolitische Spannungen wie zwischen der Türkei und den Kurden im Nord-Irak trügen zu der Preisentwicklung bei. Auf Rohstoffmärkten sei dagegen die Entscheidung der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) nicht genügend beachtet worden, die Fördermenge um 500.000 Barrel pro Tag anzuheben.

Auch aus Iran kamen Signale, die auf keine Entspannung hindeuteten. Öl sei immer noch billig, sagte der amtierende Ölminister des Landes, Gholamhossein Nosari, einem Bericht einer staatlichen Zeitung zufolge. Wenn die Inflation und der schwache Dollar berücksichtigt würden, liege der „wahre Wert“ des Öls bei nur fast der Hälfte der 92 Dollar, für die das Fass zur Zeit gehandelt wird.

Freisprüche im Prozess um Schmuggel von Kampfjets nach Iran

Mit Freisprüchen für alle drei Angeklagten ist der Prozess um den angeblich geplanten Schmuggel von bis zu 30 Kampfjets nach Iran zu Ende gegangen. Das Landgericht Düsseldorf sah es am 25. Oktober nicht als erwiesen an, dass die Angeklagten wussten, dass die Flugzeuge für Iran bestimmt waren. Die drei Männer waren wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz angeklagt. Einer von ihnen ist bereits einschlägig vorbestraft: Er hatte GPS-Navigationsgeräte nach Iran geschmuggelt und war dafür zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt worden.

Die Angeklagten hatten angegeben, die gebrauchten Jets seien nach ihrem Wissen für zivile Zwecke, nämlich den Einsatz in Flugschulen, bestimmt gewesen – und dies auch nicht in Iran. Wenn dies anders gewesen sein sollte, seien sie vom Drahtzieher des Geschäfts, einem flüchtigen Iraner, in die Irre geführt worden. Geheimdienste waren dem geplanten Geschäft beim Abhören von Telefonen auf die Spur gekommen.

Russland liefert Kernbrennstoff nur bei IAEA-Überwachung

Im Streit um das iranische Atomprogramm hat Russland die Lieferung von Kernbrennstäben für den ersten Kernreaktor des Landes an eine lückenlose internationale Überwachung geknüpft. Es müsse eine „vollständige und totale Kontrolle“ seitens der Internationalen Atombehörde (IAEA) gewährleistet werden, sagte der russische Vizeregierungschef Sergey Iwanow am 25. Oktober beim Besuch einer Nuklearfabrik in der sibirischen Stadt Angarsk. Zunächst müssten jedoch Finanzierungsfragen zur Fertigstellung des von Russland gebauten Reaktors in Busshehr geklärt werden.

Die IAEA solle den gesamten Brennstoffkreislauf unter anderem durch Videokameras kontrollieren. „Wenn eine Kamera auch für eine Minute ausgeschaltet wird, wird das schon als grober Verstoß gegen die Regeln der IAEA gelten“, sagte Iwanow. Alle abgebrannten Brennelemente müssten ausnahmslos nach Russland zurückgebracht werden.

Zunahme bei Export und Import

Laut einem Bericht des iranischen Zollamts hat der Export Irans (ohne Öl) in den sechs Monaten von März bis einschließlich September des laufenden Jahres den Wert von sieben Milliarden Dollar und der Import den Wert von mehr als 21 Milliarden Dollar erreicht. Damit zeigt der Export im Vergleich zum selben Zeitraum im Vorjahr einen Anstieg von 8 Prozent. Unter den Exportwaren standen Gasprodukte mit 2,943 Milliarden Dollar an erster Stelle, gefolgt von Pistazien, Teppichen und Edelmetallen wie Kupfer. Von den Abnehmerländern standen die Vereinigten Arabischen Emirate mit rund einer Milliarde Dollar an erster Stelle, gefolgt vom Irak mit 794 Millionen Dollar, China mit 561 Millionen Dollar, Japan mit 424 Millionen Dollar und Indien mit 340 Millionen Dollar. Rund 44 Prozent der Waren wurden in diese fünf Länder exportiert.

Im gleichen Zeitraum importierte Iran Waren im Wert von 21,350 Milliarden Dollar, was im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung um 6 Prozent ausmacht. Dem Bericht des Zollamts zufolge stand Benzin unter den eingeführten Waren mit 1,440 Millionen Dollar an erster Stelle, gefolgt von Eisen, Stahl und Fahrzeugteilen. Die meisten eingeführten Waren kamen aus Saudi-Arabien. Von dort wurden 23 Prozent des iranischen Imports gedeckt. Nach Saudi-Arabien nehmen der Reihe nach Deutschland, China, die Schweiz und Süd-Korea die vorderen Plätze ein. Insgesamt kommen 54 Prozent des gesamten Imports aus den genannten fünf Ländern.

Nach Angaben des Zollamts hat der Import von Fahrzeugen mit 17.308 Stück im Vergleich zum Vorjahr um 7.700 zugenommen. Der Gesamtexport im vergangenen Jahr (von März 2006 bis März 2007) betrug 16,300 Milliarden Dollar und der Gesamtimport 41,400 Milliarden Dollar.

Parallel zum Anstieg der Ölpreise ist der Import von Waren kontinuierlich angestiegen. 2001 lag der Wert importierter Waren bei 22,300 Milliarden Dollar. Innerhalb von fünf Jahren hat er sich mit 41,400 Milliarden Dollar nahezu verdoppelt.

III. Außenpolitik

USA zum Schlag gegen Iran militärisch in der Lage

Die USA wären nach den Worten des neuen Generalstabschefs Michael Mullen trotz ihrer Belastungen durch die Kriege im Irak und in Afghanistan militärisch zu einem Schlag gegen Iran in der Lage. Wenn die Streitkräfte den Auftrag zu Bombenangriffen auf Atomanlagen oder andere Einrichtungen erhielten, dann hätten sie die Fähigkeit dazu, zitierten Medien den Admiral am 19. Oktober.

„Vom militärischen Standpunkt gibt es mehr als genug an Reserven, um zu reagieren, wenn es tatsächlich das wäre, was die nationale Führung tun will“, fuhr Mullen den Berichten zufolge fort. „Ich glaube nicht, dass wir in dieser Hinsicht zu stark strapaziert sind.“ Mullen fügte zugleich hinzu, dass ein Militärschlag die „letzte Option“ wäre. Es gebe zur Zeit eine „bedeutende Fülle an Aktivitäten“, um Iran auf diplomatischem Weg zu beeinflussen.

Indes hat US-Verteidigungsminister Robert Gates die militärischen Pläne seiner Regierung gegen Iran als gewöhnliche Arbeitsabläufe bezeichnet. Auf die Frage von Journalisten, inwieweit die USA ein militärisches Vorgehen gegen die Regierung in Teheran durchspielten, erklärte Gates am 25. Oktober: „Ich würde es als Routine charakterisieren.“ Der Fokus liege bei diplomatischem Druck und wirtschaftlichen Sanktionen, um Iran davon zu überzeugen, dass er seine Haltung im Atomstreit ändern müsse, fügte er auf einem Flug nach Washington hinzu.

„Bunkerknacker“ womöglich gegen Iran gerichtet

Die US-Regierung hat mit einem Haushaltsposten für bunkerbrechende Munition Befürchtungen der Demokraten im Kongress geweckt, die Bomben sollten gegen Iran eingesetzt werden. Er tippt auf die Islamische Republik als Ziel der zur Bestückung von B-2-Bombern bestimmten Sprengkörper, sagte der Abgeordnete Jim Moran. Im Irak werde solche Munition nicht eingesetzt, und in Afghanistan gebe es keine gehärteten oder unterirdischen Ziele, für deren Bekämpfung der „Bunkerknacker“ benötigt werde.

Die US-Regierung hat für die Kriege im Irak und Afghanistan beim Kongress einer Meldung von Reuters vom 25. Oktober zufolge zusätzlich fast 200 Milliarden Dollar beantragt. In dieser Summe sind auch die 88 Millionen Dollar für bunkerbrechende Munition enthalten. Morans Parteifreund Jim McDermott sagte, die Anforderung von Mitteln für bunkerbrechende Munition wecke in ihm Sorgen, weil der Ton der US-Regierung gegen Iran schärfer geworden sei.

Ein Großteil der iranischen Atomanlage wird unter der Erde vermutet. Ein Kongressberater gab allerdings zu bedenken, das vorgeschlagene Programm für die Munition werde erst 2009 oder 2010 abgeschlossen sein. Bis dahin sei die Regierung Bush nicht mehr im Amt.

US-Außenministerin Condoleezza Rice warf Iran am 24. Oktober „bösartige“ Aktivitäten im Nachbarland Irak vor. Die Vereinigten Staaten würden dem aber einen Riegel vorschieben, sagte sie vor dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses. Es müsse verhindert werden, dass die Islamische Republik weiterhin eine destabilisierende Rolle in der Region spiele. Konkret warf Rice Iran vor, schiitische Extremisten im Irak zu unterstützen.

Deutsche Politiker warnen vor militärischem Abenteuer der USA

Bundesaußenminister Franz Walter Steinmeier hat eindringlich vor einem militärischen Eingreifen im iranischen Atomkonflikt gewarnt. „Wir müssen Nuklearwaffen im Mittleren Osten verhindern. Aber militärische Abenteuer sind kein Beitrag zur Lösung“, sagte Steinmeier beim SPD-Parteitag in Hamburg. „Im Gegenteil, das tägliche Schwadronieren darüber erschwert die Lösung.“ US-Präsident Bush hatte kürzlich mit Blick auf das iranische Atomprogramm vor einem Dritten Weltkrieg gewarnt.

Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, Ruprecht Polenz, warnte vor militärischen Aktionen der USA. „Das würde zu einer nicht mehr kontrollierbaren Kettenreaktion führen und die Gewalt dramatisch eskalieren lassen“, sagte der CDU-Politiker dem Tagesspiegel am 28. Oktober. Selbst chirurgische Operationen des US-Militärs gegen iranische Ziele könnten die Sicherheit und Stabilität in der ganzen Welt gefährden. Mit

Blick auf die Äußerungen Bushs meinte Polenz: „Verantwortliche Politiker sollten auch in ihrer Sprache erkennen lassen, dass sie nach einer Lösung suchen.“ Polenz warf den USA Doppelzüngigkeit vor, weil Washington für schärfere Sanktionen die Gefolgschaft seiner Verbündeten erwarte: „Amerikanische Firmen treiben über Tochtergesellschaften oder über Drittländer durchaus weiter Handel mit Iran“. Als Beispiele nannte der CDU-Politiker die Firmen Coca Cola und Pepsi und fügte hinzu: „Von Halliburton ganz zu schweigen.“ US-Vizepräsident Dick Cheney war von 1995 bis 2000 Vorstandschef des Erdöl-Technologiekonzerns.

El-Baradei gegen Militärangriff: Iran noch keine Bedrohung

Der Chef der Internationalen Atomenergieorganisation IAEA, Mohammad El Baradei, hat sich im Atomstreit mit Teheran gegen einen Militärangriff auf Iran gewandt. „Wir haben noch viel Zeit, alle diplomatischen Mittel zu nutzen“, sagte El Baradei der Pariser Zeitung Le Monde am 23. Oktober. „Ich möchte die Leute von der Idee abbringen, dass Iran von morgen an eine Bedrohung darstellt und dass wir heute vor der Frage stehen, ob wir Iran bombardieren oder ihm die Bombe lassen sollen. Wir sind ganz und gar nicht in dieser Situation.“

Der Irak sei „ein schreiendes Beispiel für die Tatsache, dass der Einsatz von Gewalt in vielen Fällen das Problem vergrößert, statt es zu lösen“, sagte El Baradei. Wenn Teheran tatsächlich an der Bombe bauen sollte, bräuchte es dazu „noch drei bis acht Jahre“.

Als „entscheidenden Test für Iran“ bezeichnete El Baradei die laufenden Bemühungen um die Klärung des Teheraner Atomprogramms. Die IAEA lasse eine Verschleppungstaktik nicht zu.“ Wir sind nicht naiv.“ Er wolle den Klärungsprozess im November abschließen. Doch es sei „kein Problem“, wenn es „zwei, drei oder vier Wochen länger“ dauere.

Atomgespräche in Rom

Am 23. Oktober traf der EU-Außenbeauftragte Javier Solana in Rom zu einem ersten Gespräch mit dem neuen iranischen Atomunterhändler Said Dschalili zusammen. Er bezeichnete die Unterredung anschließend als konstruktiv. Weitere Gespräche seien für Ende November geplant, sagte Solana. Das Treffen war vor dem überraschenden Rücktritt des bisherigen Unterhändlers Ali Laridschani anberaumt worden.

Obwohl Laridschani zurückgetreten war, nahm auch er an den Gesprächen in Rom teil, und zwar als Beauftragter des Revolutionsführers Ali Chamenei. Dieser Umstand lieferte Anlass zu Spekulationen. Gibt es zwischen dem Revolutionsführer und dem Staatschef Differenzen? Diese Annahme wurde dadurch gestützt, dass der außenpolitische Berater des Revolutionsführers und ehemaliger Außenminister, Ali Welayati, die Absetzung Laridschanis ungewöhnlich offen kritisiert hatte. Auch Solana schien mit dem Rücktritt nicht zufrieden zu sein. „Ich hoffe weiter mit Herrn Laridschani zusammenarbeiten zu können“, sagte er.

Ziel der EU sei, Teheran zu formellen Gesprächen über sein Atomprogramm zu bewegen, hieß es in Rom vor der Unterredung. Es wurde vermutet, dass Dschalili in den Verhandlungen eine härtere Haltung einnehmen könnte als sein Vorgänger.

Der britische Premier Gordon Brown sprach sich unterdessen für einen härteren Kurs im Streit um das iranische Atomprogramm aus. Seine Regierung werde sich bei den Vereinten Nationen und in der Europäischen Union für einen härteren Kurs gegen Iran einsetzen, um die Regierung in Teheran von ihrem Atomkurs abzubringen. „Wir wollen deutlich machen, dass wir die nuklearen Ambitionen dieses Landes nicht unterstützen“, sagte Brown am 23. Oktober.

Auf der Pressekonferenz mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert in London wich Brown aber der Frage aus, ob er einen militärischen Angriff, wie er von den USA ins Spiel gebracht wurde, für notwendig halte. Er sei zuversichtlich, das Sanktionen ausreichen. „Ich glaube, dass wir sie verstärken sollten, falls dies notwendig wird“, sagte Brown.

Bereits am 8. Oktober hatte Brown die nuklearen Bestrebungen Irans als sehr ernst bezeichnet und auch die Möglichkeit eines Krieges gegen das Land nicht ausgeschlossen. „Wir sind bereit, diplomatische Mittel und Sanktionen weiter zu nutzen, um das Problem in den Griff zu bekommen. Aber ich

schließe nichts aus“, sagte er. Er sei aber davon überzeugt, dass Teheran mit Diplomatie und notfalls Sanktionen überzeugt werden könne, den internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Der UN-Sicherheitsrat hat zweimal Sanktionen gegen Iran verhängt, weil Iran sich weigert, sein Programm zur Urananreicherung zu stoppen. Die USA, Russland, China, Großbritannien, Frankreich und Deutschland haben sich im vergangenen Monat mit Unterstützung der EU darauf verständigt, bis November mit weiteren Sanktionen gegen Iran zu warten. Der Regierung in Teheran sollte damit Zeit gegeben werden, um mit der Internationalen Atombehörde (IAEA) bei deren Prüfung des iranischen Atomprogramms zusammenzuarbeiten.

Putin in Teheran

Russlands Präsident Wladimir Putin hat trotz Gerüchten über ein geplantes Attentat auf ihn am 16. Oktober Teheran besucht. Anlass des Besuchs war die Teilnahme an einem Gipfel der Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres. Geplant waren auch bilaterale Gespräche zwischen Moskau und Teheran unter anderem über das umstrittene iranische Atomprogramm. Es war der erste Besuch eines Kreml-Chefs in Teheran seit 1943, als Josef Stalin in das Land reiste.

Bei der Konferenz ging es um die enormen Gas- und Ölvorkommen unter dem Kaspischen Meer, sowie um die Regelung der Transitwege und Hoheitsrechte. Bei einer ersten Gipfelkonferenz 2002 hatten die fünf Länder keine Einigung erzielen können. Während Russland und Aserbaidschan und Kasachstan eine Aufteilung entsprechend der Küstenlänge jedes Landes anstreben, setzen sich Iran und Turkmenistan für eine gleiche und gemeinsame Nutzung ein. Beide Länder haben kürzere Küstenlinien als die drei anderen.

„Die Zusammenarbeit unserer fünf Länder wird sich nicht nur positiv auf den Frieden in der Region, sondern auch auf den Frieden in der Welt auswirken“, sagte Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei der Eröffnung der Konferenz. Er plädierte für eine engere wirtschaftliche und kulturelle, aber auch politische und militärische Zusammenarbeit der mehr als 250 Millionen Einwohner zählenden Anrainerstaaten. Die Staaten sollten sich gemeinsam gegen die Einmischung fremder Mächte und krimineller Aktivitäten zur Wehr setzen und zu diesem Zweck „eine Art Staatengemeinschaft“ bilden, sagte Ahmadinedschad.

Putin erteilte im Hinblick auf einen möglichen Angriff der USA gegen den Iran jedem militärischen Angriff rund um das Kaspische Meer eine klare Absage. „Wir sollten nicht einmal daran denken, in dieser Region Gewalt anzuwenden“, sagte er auf dem Gipfel. „Wir müssen darin übereinstimmen, dass es unmöglich ist, das Territorium eines Anrainers im Fall einer Aggression gegen das eines anderen Landes zu verwenden.“

Der Sprecher des Außenministeriums in Moskau, Michail Kamynin, sagte bereits im Vorfeld, er erwarte keine schnelle Einigung über die Aufteilung des Kaspischen Meeres. Es werde lediglich eine Deklaration als Orientierungshilfe auf dem Weg zu einer Konvention über den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres verabschiedet. Tatsächlich wurden für die Probleme noch keine Lösungen gefunden, man begnügte sich mit einer mehr oder minder nichts sagenden Resolution.

Bei den bilateralen Gesprächen zwischen Teheran und Moskau standen zwei Themen im Vordergrund: Das iranische Atomprogramm und der Bau des Atomreaktors in der südiranischen Stadt Buschehr. Putin hatte zuvor bei seinem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel eine von den USA und der EU geforderte Verschärfung von Sanktion gegen Iran abgelehnt. Auch bei seinem Treffen mit Frankreichs Präsidenten Nicolas Sarkozy sagte Putin, Russland lägen keine Beweise vor, dass Iran an der Entwicklung von Atomwaffen arbeitet. „Wir verfügen über keine Daten, aus denen hervorgeht, dass Iran versucht, Atomwaffen zu produzieren“, Allerdings sei Russland wie seine Partner der Ansicht, dass alle Programme so transparent wie möglich sein sollten, fügte Putin hinzu. Trotz dieser Äußerungen hoffte man im Westen, Putin werde beim Treffen mit Ahmadinedschad versuchen, Teheran zum Einlenken zu bewegen.

Wie weit er tatsächlich dieser Hoffnung gerecht wurde, ist nicht bekannt. Fest steht, dass er bei einem Treffen mit Ali Chamenei dem Revolutionsführer „eine besondere Botschaft“ überreicht

hat, über dessen Inhalt unterschiedliche Aussagen gemacht wurden. Während der nach Putins Abreise abgesetzte Atomunterhändler Laridschani von einem russischen Vorschlag zur Lösung des Atomkonflikts sprach, wurde von Präsident Ahmadinedschad das Gegenteil behauptet. Putin habe keinerlei Vorschläge mitgebracht, sagte der Präsident. (s. S. 4)

Politische Beobachter sind der Meinung, dass Putin Chamenei vorgeschlagen habe, Iran solle vorübergehend auf die Uran-Anreicherung verzichten. Dabei habe er die Fertigstellung des Atomreaktors in Buschehr als Hebel eingesetzt. Der Reaktor, der seit Jahren von Russland gebaut wird, sollte längst in Betrieb sein. Doch Moskau verzögert die Fertigstellung. Teheran verlangt nun einen klaren Zeitplan und lehnt jeden Zusammenhang mit dem Atomstreit ab. Putin stellte vor der Presse in Aussicht, dass sein Land den Reaktor fertig stellen werde, nannte jedoch keinen festen Zeitpunkt. Auf die Frage eines Journalisten, ob er dies fest versprechen könne, sagte er: „Verspechen habe ich nur meiner Mutter gegeben, als ich noch ein Kind war."

Putins Besuch in Teheran zeigte wieder einmal, dass Russland Iran als Faustpfand benutzt, um russische Interessen gegenüber den USA und der EU besser durchsetzen zu können und um gleichzeitig vom Streit zwischen Iran und dem Westen wirtschaftlich und geostrategisch profitieren zu können. Vor der Reise Putins versuchten die USA, Frankreich, Israel und Deutschland ihn dazu zu bewegen, gegenüber der iranischen Regierung hart zu bleiben und die gemeinsame ablehnende Position im Atomstreit mit Iran nicht zu verlassen. Doch Putin setzte die bisherige Taktik fort, um einerseits Teheran nicht zu verprellen und andererseits keinerlei Zugeständnisse zu machen, die von den USA und der EU als Ausscheren aus der gemeinsamen Front gedeutet werden könnten. So bezeichnete er seine Gespräche mit der iranischen Staatsführung in Teheran als wichtigen Beitrag zur friedlichen Lösung des Atomkonflikts. „Der direkte Dialog führt schneller zum Erfolg als eine Politik der Drohungen und Sanktionen", sagte er nach seiner Rückkehr in Moskau. Iran sei im Energiesektor ein „sehr wichtiger Partner" Russlands.

Putin ging auch auf die Geheimdienstberichte im Vorfeld der Reise ein, die vor einem Anschlag auf ihn in Teheran warnten. „Das war nichts anderes als der Versuch, den Besuch zu verhindern", sagte der Kremlchef. Nach russischen Angaben stammten die Informationen von ausländischen Geheimdiensten.

In der alljährlichen Fragestunde, bei der russische Bürger per Telefon, über das Internet und bei Live-Sendungen aus den Regionen Fragen stellen dürfen, übte Putin erneut deutliche Kritik an der Militärpolitik der USA. „Schießen können sie, aber keine Ordnung schaffen", sagte er. Er forderte von Washington ein konkretes Datum für einen Truppenabzug aus dem Irak.

Neben diversen sozialen Versprechen kündigte der Präsident an, dass die russischen Streitkräfte bis 2015 mit modernsten Kampfjets, Atom-U-Booten und Interkontinentalraketen ausgestattet würden. „Das sind grandiose und zugleich realisierbare Pläne", sagte Putin.

USA wollen ungeachtet des Ausgangs des Atomstreits Abwehrraketen aufstellen

Das US-Außenministerium will auch im Falle einer Aussetzung der Urananreicherung durch Iran die umstrittenen Pläne für ein Raketenabwehrsystem in Osteuropa wie geplant vorantreiben. Ministeriumssprecher Tom Casey stellte am 19. Oktober in Washington eine anderslautende Äußerung von Staatssekretär Daniel Fried richtig. Fried hatte am Vortag in Brüssel in Aussicht gestellt, dass das Abwehrsystem langsamer vorangetrieben werde, sollte Teheran im Atomstreit einlenken. „Das ist einfach nicht wahr", sagte Casey. „Die Haltung der USA ist klar – es gibt eine Bedrohung durch die Raketen von Schurkenstaaten".

Am 23. Oktober bekräftigte Präsident Bush diese Aussage. Iran könnte bereits vor 2015 in der Lage sein, die USA und Europa durch Langstreckenraketen zu bedrohen, sagte Bush vor der Nationalen Verteidigungsuniversität in Washington. „Die Notwendigkeit einer Raketenabwehr in Europa ist real, ich glaube, sie ist dringend. Unsere Geheimdienste gehen davon aus, dass Iran mit anhaltender Hilfe aus dem Ausland eine Interkontinentalrakete bauen könnte, die bereits vor 2015 die USA und ganz Europa erreichen könnte."

Verwirrung um Ahmadinedschads Armenien-Besuch

Präsident Ahmadinedschad soll einen offiziellen Staatsbesuch im benachbarten Armenien wegen „inner-iranischer Probleme“ vorzeitig beendet haben. Der Gast sei mehrere Stunden eher als geplant nach Teheran zurückgeflogen, erklärte ein Sprecher der armenischen Präsidialverwaltung weiter. Ahmadinedschad wies die Darstellung umgehend zurück. Im Gegenteil sei die ursprünglich auf 22 Stunden angelegte Visite um anderthalb Stunden verlängert worden, sagte er am 23. Oktober nach seiner Heimkehr der Agentur IRNA.

Die Meldung hatte Vermutungen in Teheran genährt, eine frühere Rückkehr hinge mit den am 23. Oktober in Rom geplanten Gesprächen einer iranischen Delegation mit der EU über das iranische Atomprogramm zusammen. In Eriwan dagegen wurde über eine angebliche Erkrankung des Revolutionsführers Ali Chamenei als Rückreisegrund spekuliert.

Ahmadinedschad war am 22. Oktober zu einem zweitägigen Besuch in Eriwan eingetroffen. Zum Auftakt traf er den armenischen Präsidenten Robert Kotscharjan. Geplant war nach armenischen Angaben ursprünglich für den 23. Oktober noch der Besuch einer Moschee sowie des „Völkermord-Denkmals“ für die Hunderttausenden von Armeniern, die im Ersten Weltkrieg im Osmanischen Reich umgebracht wurden. Zudem hätte Ahmadinedschad eine Rede vor dem armenischen Parlament halten sollen.

NATO-General sieht Iran hinter Waffenlieferungen an die Taliban

Der Kommandeur der von der NATO geführten Afghanistan-Schutztruppe ISAF sieht Iran hinter Waffenlieferungen an die radikal-islamischen Taliban. Es sei „unvorstellbar“, dass Teheran nichts von solchen Waffenlieferungen wisse, sagte US-General Dan McNeill am 18. Oktober in Kabul. Eine Anfang September von der ISAF abgefangene Lieferung hochwertiger Sprengstoffe sei eindeutig aus Iran gekommen. Es sei schwer vorstellbar, dass diese Lieferung ohne Wissen des iranischen Militärs nach Afghanistan gelangt sein könnte, sagte McNeill weiter. Die afghanischen Behörden haben wiederholt darauf hingewiesen, dass aus den Nachbarländern Iran und Pakistan Waffen ins Land gelangen. Die Regierungen in Teheran und Islamabad weisen diesen Vorwurf entschieden zurück.

Iran ruft zum Boykott der Nahost-Konferenz auf

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei hat die islamischen Staaten zum Boykott der Nahost-Konferenz aufgerufen. Chamenei sagte während seiner Predigt zum Abschluss des Fastenmonats, Ziel der für November in Annapolis im US-Staat Maryland östlich von Washington einberufenen Nahost-Konferenz sei einzig die Stärkung der Position Israels. „Die Konferenz ist ein Versuch der USA, das Regime in Israel zu retten, das im Libanonkrieg im vergangenen Sommer eine „Ohrfeige“ durch die Hisbollah erhalten hat. Die Menschen in Palästina lehnen die Konferenz ab.“ Jede Nahost-Konferenz, die bisher angeblich dem Frieden dienen sollte, sei zum Nachteil der Palästinenser gewesen. „Wie können Staaten, die nach eigenen Angaben die Palästinenser unterstützen wollen, an dieser Konferenz teilnehmen, wenn die Palästinenser selbst die Konferenz ablehnen“, fragte Chamenei.

Hamas-Führer Ismail Hanijah hatte Anfang Oktober die arabischen Staaten zu einem Boykott der Konferenz aufgerufen. Fatah-Führer Mahmud Abbas verhandelt dagegen mit Israel über eine gemeinsame Grundlage für Friedensgespräche, die nach der Konferenz aufgenommen werden sollen. Hanijah rief Abbas dazu auf, nicht in die Falle Israels zu laufen und Zugeständnisse zu machen, die die Souveränität des palästinensischen Volkes aushöhlen würden.

Ahmadinedschad wirft Israel Völkermord an Palästinensern vor

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat Israel vorgeworfen, den Holocaust als Ausrede für einen Völkermord an den Palästinensern zu benutzen. Es müsste endlich die Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg und die Judenvernichtung gesagt werden, erklärte Ahmadinedschad in einer live übertragenen Rede zum Jerusalem-Tag, den Iran am 10. Oktober beging. Er wiederholte zudem seine Forderung, Israel aus dem Nahen Osten zu verlegen. „Die Europäer wollen die zionistische Herrschaft in ihrer eigenen Region nicht dulden, aber sie dem

Nahen Osten aufzwingen. Gebt ihnen das weite Land von Kanada und Alaska, damit sie sich dort ansiedeln können“, sagte der Präsident.

Bahrain legt sich Raketen-Schutzschild zu – Angst vor Krieg am Golf

Bahrain hat sich einen Radar-Schutzschirm zugelegt, mit dem sich das arabische Königreich vor möglichen Raketenangriffen schützen will. Die Politiker des Landes stellen zwar keinen offiziellen Zusammenhang zwischen dem neuen Radarsystem und dem sich zuspitzenden Konflikt um das iranische Atomprogramm her. Die in Manama erscheinende Zeitung „Gulf Daily News“ zitierte jedoch am 4. Oktober Scheich Adel al-Maawada, den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Parlaments, mit dem Worten: „Wir hoffen, dass es eine Routineangelegenheit ist, aber es ist sicher auch ein Zeichen dafür, dass wir ein derartiges System brauchen könnten.“ Ziel sei es Bahrain im Falle von „Vergeltungsschlägen“ gegen amerikanische Militäreinrichtung zu schützen.

In Bahrain ist die 5. Flotte der US-Marine stationiert. Die neue Radaranlage wird nach dem Zeitungsbericht für 43,6 Millionen US-Dollar von der US-Firma Lockheed Martin geliefert. Sie sei für den Einsatz von Abwehrraketen des Typs Patriot oder Aegis geeignet.

Mykonos-Attentäter sollen vorzeitig freikommen

Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom 12. Oktober sollen die Attentäter des Anschlags auf das Berliner Lokal Mykonos, der iranische Geheimdienstagent Kazem Darabi und sein libanesischer Komplize Abbas Rhajel, im Dezember vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen werden.

Bei dem Anschlag von 1992 wurden der Vorsitzende der Demokratischen Partei des iranischen Kurdistan, zwei weitere Funktionäre der Partei sowie ein nichtkurdischer Mitarbeiter ermordet. Das Berliner Kammergericht hatte Darabi und Rhajel unter dem Vorwurf einer „besonders schweren Schuld“ zu lebenslanger Haft verurteilt. Im letzten Jahr hatte ein Gericht die Mindestverbüßdauer auf 23 Jahre festgelegt. Die Karlsruher Bundesanwaltschaft hatte für 24 Jahre plädiert.

Das Urteil des Berliner Landgerichts trübte für längere Zeit die Beziehungen zwischen Deutschland und Iran, zumal das Gericht auch Teile der iranischen Staatsführung als Drahtzieher in Abwesenheit verurteilt hatte. In den vergangenen Jahren versuchte Teheran immer wieder vergeblich auf Berlin Druck auszuüben, um Darabi frei zu bekommen. Auch bei den Gesprächen über eine vorzeitige Freilassung des deutschen Anglers Donald Klein, der bis März im Iran wegen Grenzverletzung im Gefängnis saß, war wiederholt auf den Fall Darabi verwiesen worden. Verhandelt wurde auch eine Zeitlang über einen möglichen Austausch Darabis gegen den israelischen Piloten Ron Arad. Die Maschine von Arad wurde im Oktober 1986 über Südlibanon abgeschossen. Seit dem gilt der Pilot als vermisst. In Israel ist er ein Nationalheld. Immer wieder tauchen Spekulationen auf, er könnte noch am Leben sein.

Doch im Frühsommer dieses Jahres erklärte sich die Bundesanwaltschaft zu einer vorzeitigen Entlassung bereit. Gemäß der Strafprozessordnung kann bei ausländischen Staatsbürgern von einer weiteren Vollstreckung der Strafe abgesehen werden, wenn sie, wie in diesem Fall geplant, ausgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft behauptet, die Entscheidung sei nicht von der Politik angeregt worden, es handele sich vielmehr um eine juristische Abwägung. Sie begründet die Freilassung der beiden Attentäter damit, dass beide „mehr als 15 Jahre ihrer Strafe verbüßt haben“.

Auch nach Darstellung der Bundesregierung hat die Freilassung keine politischen Hintergründe. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Jäger, wies am 12. Oktober in Berlin Spekulationen zurück, wonach die Entscheidung der Bundesanwaltschaft möglicherweise auf einen Deal zwischen Deutschland und Iran zurückzuführen sei. „Es gibt eine solche Absprache nicht“, sagte Jäger.

Eine Sprecherin des Bundesjustizministeriums sagte ihrerseits, dass es sich um eine allein nach juristischen Kriterien getroffene Entscheidung handele. Es sei zudem kein „Sonderfall“, dass ein ausländischer Straftäter vorzeitig aus der Haft entlassen werde, um in sein Heimatland abgeschoben zu werden. Trotz dieser Dementis besagen Gerüchte, dass Darabi und Rhajel gegen die beiden israelischen Soldaten, die im vergangenen Jahr durch die libane-

sische Hisbollah verschleppt wurden, ausgetauscht werden sollen.

Nach Informationen einer saudiarabischen Zeitung sind die beiden Soldaten nach Iran gebracht worden. Wie die auch in Großbritannien erscheinende Zeitung „Asharq al-Awsat in ihrer Ausgabe vom 14. Oktober unter Berufung auf einen nicht näher genannten Mitarbeiter des Iranischen Revolutionsführers Ali Chamenei berichtete, könnten die Soldaten gegen die in Deutschland verurteilten Mykonos-Attentäter ausgetauscht werden.

Dem Chamenei-Vertrauten zufolge wurden die beiden Soldaten von einer Spezialtruppe der iranischen Revolutionswächter nach Iran gebracht. Der mögliche Gefangenenaustausch stehe im Zusammenhang mit der geplanten vorzeitigen Haftentlassung der beiden Mykonos-Attentäter. „Der Inhalt des Vertrags wird dieses Mal sehr geheim gehalten, weil es um das Leben der beiden israelischen Soldaten geht“, zitiert das Blatt den iranischen Vertreter.

Ein israelischer Regierungsmitarbeiter widersprach den Angaben. Die Äußerungen ergäben „überhaupt keinen Sinn“. Seinen Angaben zufolge werde lediglich unter Vermittlung von Deutschland und der NATO an der Freilassung der Soldaten gearbeitet.